

JPM Newsletter August 2013

Was erwartet Serbien 2014?

Ab 2014 ist Serbien angehalten, den Großteil der Zollabgaben auf aus der EU importierte Waren abzuschaffen, auch wenn Zollgebühren für einige bestimmte Waren aufrecht bleiben werden. Diese Verpflichtung entspringt dem Vertragsverhältnis zwischen Serbien und der EU. Was ist die daraus resultierende Folge und was wird dies für Konsumenten sowie gleichermaßen Unternehmer bedeuten?

Das Hauptproblem stellt sich wie folgt dar: Viele serbische Waren, die zur Zeit am Markt angeboten werden, sind nicht konkurrenzfähig (gegenüber Waren aus der EU) sowohl hinsichtlich des Produktionsprozesses als auch im Hinblick auf das Qualitätsniveau, da letzteres innerhalb der Europäischen Union bedeutend höher ist. Sobald diese Waren aus der EU von Zollgebühren befreit und nach Serbien importiert sind, würden sie höchstwahrscheinlich eine sehr gute Position am serbischen Markt erfahren, wodurch die Marktbeteiligung ähnlicher serbischer Produkte erheblich gefährdet würde. Diese potenzielle Gefährdung könnte sogar zu gravierenden Schädigungen bestimmter serbischer Industrien führen. Wie kann damit umgegangen werden?

Zunächst muss bessere und konkurrenzfähigere Ware hergestellt werden; hierfür bedarf es einer Steigerung des Produktionsprozesses, der Qualität der Waren, des Verpackungsvorgangs etc. Natürlich sind für solche Verbesserungen hohe Investitionen erforderlich. An dieser Stelle können wir über die Maßnahmen sprechen, die die serbische Regierung treffen kann, um Investitionen zu erhöhen; dennoch stehen innerhalb der vertraglichen Regelung mit der EU der serbischen Regierung auch einige andere Maßnahmen zur Verfügung, für den Fall einer ernstlichen Gefährdung bestimmter Industrien. Dies sind Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen (ausgleichende Maßnahmen) sowie Schutzmaßnahmen.

Regelungen in diesem Bereich stammen aus dem WTO-Abkommen und seinen relevanten Annexen (Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation), von denen einige durch das mit der EU geschlossene SAA (Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen) in das serbische Rechtssystem implementiert wurden, und aus dem serbischen Außenhandelsrecht. Der Grund und das Erfordernis solcher Regelungen lassen sich dadurch begründen, dass der Handel mit einem wirtschaftlich stärkeren Partner oft hart und nicht sehr fair ist, daher ist es notwendig, dass ein gewisser Ausgleich im Wege von Regierungsmaßnahmen geschaffen wird. Nichtsdestotrotz sind die Voraussetzungen für die Umsetzung solcher Maßnahmen unlautere Handelspraktiken (Dumping und Subventionen) oder ein unvorhergesehener, drastischer und plötzlicher Anstieg an Importen, der sich auf bestimmte heimische

Industrien negativ auswirkt (Schutzmaßnahmen).

Dumping tritt auf, wenn ein ausländisches Unternehmen eine Ware zu einem niedrigeren Preis als zum normalen Wert (Preis der Ware bei Verkauf auf dem heimischen Markt oder ihre Produktionskosten) importiert. Subventionen hingegen sind finanzielle Zuwendungen (Zuschüsse, Darlehen, Steuerbegünstigungen, etc.) von der Regierung oder einer öffentlichen Einrichtung, die einen Vorteil für den Empfänger darstellen. Subventionen, gegen die vorgegangen werden kann, sind jene, die typisch sind für ein Unternehmen oder einen Sektor und die, in unserem Fall, von der Exportleistung abhängig gemacht werden. Schutzmaßnahmen sind anderer Natur. In diesem Fall ist es irrelevant, ob die andere Partei unlautere Handelspraktiken einsetzt oder nicht, sondern, ob gewisse Waren in einer solch erhöhten Quantität und unter derartigen Bedingungen importiert werden, die geeignet sind, heimischen Produzenten von Waren gleicher Art oder von Waren, die in direkter Konkurrenz stehen, erheblichen Schaden zuzufügen.

Sollten serbische Hersteller also mit derartigen Situationen konfrontiert werden, könnte die serbische Regierung – auch auf Initiative des privaten Sektors – reagieren, indem sie Antidumping-, Antisubventions- und Schutzmaßnahmen trifft. Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen, üblicherweise in Form von Abgaben, werden eingesetzt, um den schädlichen Folgen von gedumpten und subventionierten Importen aus bestimmten Ländern entgegenzuwirken und einen lautereren Wettbewerb wieder herzustellen. Antidumpingmaßnahmen würden auf der Dumpingspanne (Vergleich zwischen dem Exportpreis und dem normalen Wert) basieren, während Antisubventionsmaßnahmen der Differenz zwischen subventionierten und nichtsubventionierten Exportpreisen entsprechen. Schutzmaßnahmen, im Gegensatz zu Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen, finden auf Importe aus jeglichen Ländern Anwendung, ungeachtet ihrer Herkunft, das heißt, auf alle Exporteure in gleicher Weise, mit dem Ziel, der Industrie eine vorübergehende Atempause zu gewähren, um den durch die Importe ausgeübten Druck zu reduzieren. Es muss jedoch betont werden, dass solche Maßnahmen nur verhängt werden können, wenn Dumping oder Subventionierung stattfindet, oder ein Übermaß an Importen vorliegt, eine heimische Industrie Schaden erleidet und ein Kausalzusammenhang besteht, der beweist, dass die Importe, und nicht andere Faktoren kausal waren für den Schaden.

Abschließend können wir nur hoffen, dass die serbischen Industrien ab 2014 nicht gefährdet sein werden und, sollte dieser Fall eintreten, die serbische Regierung unverzüglich reagieren und die heimischen Industrien schützen wird.

Andreja Petrović

Kontakt:

andreja.petrovic@jpm.rs

Telefon: +381/11/207-6850